

# SOZIAL INFO



2/2017

<b>Urteile</b>	<b>2</b>
<b>SGB II</b>	
Aufrechnung der Mietkaution?	9
Neue Weisungen der BA zu Sanktionen im SGB II	9
Rückforderung von Kindergeld bei Alg II-Bezug	10
Zumutbare Arbeit bei Pflege von Angehörigen	12
Widersprüche gegen Sanktionen oft erfolgreich	13
<b>SGB III</b>	
Neue Weisung zur Sperrzeit bei Aufhebungsverträgen	13
Verfügbarkeit von Studentinnen und Studenten	14
<b>Sonstige Rechtsgebiete</b>	
Neue Pfändungsfreigrenzen ab 01.07.2017	13
Neuregelung des Mutterschutzes	14
Asylrechtsverschärfung: Durchsetzung der Ausreisepflicht	15
Rentenerhöhung zum 01.07.2017	15
Vermögensfreibeträge in der Sozialhilfe	15
Leichter Zugang zur Krankenversicherung der Rentner	16
Erleichterung bei der Befreiung vom Rundfunkbeitrag	16
Freibeträge für Zusatzrenten in der Grundsicherung	17
<b>Diskussion</b>	
Gutachten zum Reformbedarf der Grundsicherung	16
<b>Der aktuelle Tipp</b>	
AZD-Empfehlungen zu Online-Informationsquellen	17
<b>Gastbeitrag Ulrike Leistner, Leipzig</b>	
Verständigungsbarrieren in Jobcenterschreiben (Ergebnisse einer Online-Befragung)	18
<b>Literaturtipps / Links</b>	<b>19</b>
<b>Rezensionen</b>	
BAG Schuldnerberatung e.V.: Schulden erfolgreich bewältigen	20
Münder: LPK SGB II	20
<b>In eigener Sache</b>	
Letzte SOZIAL INFO-Ausgabe	20



## 35 qm für 2 Personen reichen aus

Die Fachanweisungen der Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zu § 22 SGB II „Kosten der Unterkunft und Heizung vom 01.09.2015 (Gz. SI 224 / 113.20-3-1-3). Stand 19.01.2017“ hält für 2 Personen eine Wohnfläche von 35 qm für noch zumutbar:

„Ob ein Umzug erforderlich ist, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab und bestimmt sich danach, ob ein plausibler, nachvollziehbarer und sachlicher Grund vorliegt, von dem sich auch eine Person leiten lassen würde, die keine Sozialleistungen bezieht. Insbesondere in folgenden Fällen kann ein Umzug erforderlich sein: [...]

k. Wegen **unzumutbar beengter Wohnverhältnisse** - insbesondere von Haushalten mit Kindern; Dies ist der Fall, wenn die Wohnung aufgrund familiärer Veränderungen nicht mehr ausreicht (Voraussetzung für einen Dringlichkeitsschein von der Abteilung für Wohnraumversorgung des Fachamtes Grundsicherung und Soziales). Eine unzureichende Unterbringung liegt in der Regel vor, wenn zwei Personen nicht mindestens 35 m<sup>2</sup> und für jede weitere Person nicht jeweils 10 m<sup>2</sup> anteilige Wohnfläche mehr zur Verfügung stehen. Ferner liegt eine unzureichende Unterbringung in der Regel vor, wenn zwei Wohnräume von mehr als drei, drei Wohnräume von mehr als fünf und vier Wohnräume von mehr als sechs Personen bewohnt werden. Ein Wohnraum über 20 m<sup>2</sup> Wohnfläche ist dabei doppelt, also mit zwei Wohnräumen anzusetzen. Schwangere zählen ab der 13. Schwangerschaftswoche als zwei Personen. (...).“

[...]

Das SG Hamburg hatte in einer Entscheidung auf diese Fachanweisung Bezug genommen und offenbar keine Bedenken.

**SG Hamburg, Urteil vom 03.12.2014, S 29 AS 597/11**

## Jahresabrechnung für nicht mehr bewohnte Wohnung

Grundsätzlich sind nach § 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II nur die angemessenen, tatsächlichen Aufwendungen für die aktuell bewohnte Wohnung zu übernehmen, weil nur dies der Sicherung der Unterkunft dient. Nicht bezahlte Aufwendungen für frühere Wohnungen sind Schulden; diese werden nur ausnahmsweise übernommen (§ 22 Abs. 8 SGB II). Jedoch ist eine Ausnahme zu machen, wenn der Alg II-Berechtigte durchgehend schon zum Zeitpunkt der tatsächlichen Entstehung der Nachforderung bis zu deren Geltendmachung und Fälligkeit im Leistungsbezug nach dem SGB II stand. Würde die Nachforderung nicht übernommen, würde dies faktisch wie eine Umzugssperre wirken, weil Alg II Empfänger bei unzureichenden Nebenkostenvorauszahlungen dem Risiko, Schulden zu machen, ausgesetzt wären.

Besteht vor und nach dem Umzug ein Rechtsverhältnis zu demselben Vermieter oder Energielieferanten, können weitere Streitigkeiten bei den Abrechnungen in den Folgejahren auftreten, hinsichtlich deren das Jobcenter die Leistungsberechtigten zu beraten hätte. Zudem mindert eine Nebenkosten-erstattung unabhängig von der Frage eines vorangegangenen Umzugs nach § 22 Abs. 3 SGB II die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung.

Auf den Grund für den Umzug kommt es nicht an. Für Nachforderungen ist ebenso wie für laufende Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung grundsätzlich vom Kopfteilprinzip auszugehen.

**BSG, Urteil vom 30.03.2017, B 14 AS 13/16 R**



## Pauschaler Mehrbedarf für Warmwasser

1. Die Annahme eines im Einzelfall abweichenden Bedarfs wegen dezentraler Warmwassererzeugung (§ 21 Abs. 7 SGB II) setzt voraus, dass sich die im Einzelfall abweichenden Verbrauchswerte bzw. Kosten betragsmäßig konkret ermitteln lassen (in aller Regel mittels technischer Einrichtungen wie z.B. einem separaten Zähler). Die vom Gesetzgeber festgesetzten Pauschalbeträge können nicht aufgrund allgemeiner Erwägungen zu möglicherweise anfallenden, konkret der Höhe nach jedoch unbekannten Kosten außer Kraft gesetzt werden.

2. Die Rechtsprechung des BSG, wonach von den gemäß § 22 Abs. 1 SGB II als Heizkosten zu übernehmenden Gasabschlägen kein Abzug für das in der Gaslieferung enthaltene Kochgas vorgenommen

werden darf, soweit der auf das Kochgas entfallende Anteil nicht konkret bestimmbar ist (BSG, Urteil vom 19.10.2010 - B 14 AS 50/10 R -), kann wegen der insoweit „umgekehrten“ Regelungssystematik des § 21 Abs. 7 SGB II nicht auf den Mehrbedarf wegen dezentraler Warmwassererzeugung übertragen werden.

3. Es bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Pauschalierung der Leistungen für die dezentrale Warmwassererzeugung, zumal § 21 Abs. 7 Satz 2 2. Halbsatz SGB II die Gewährung abweichender Beträge ermöglicht, wenn im Einzelfall ein abweichender Bedarf besteht.

**LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 10.03.2017, L 11 AS 31/17**

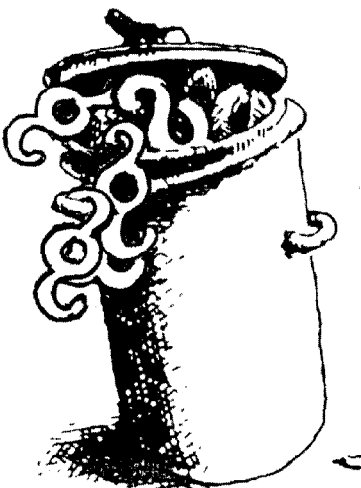
## Telefon- und Internetanschluss als Umzugskosten

Ausgehend von der Definition von Umzugskosten als Kosten, die einmalig durch die besondere Bedarfslage „Umzug“ verursacht werden, sind auch die - angemessenen - Kosten für die Bereitstellung des Telefon- und Internetanschlusses heutzutage als Kosten in dieser Lebenslage zu qualifizieren, die vom Wortlaut und Sinn und Zweck des § 22 Abs. 3 SGB II a.F. bzw. § 22 Abs. 6 SGB II umfasst sind, wohingegen eine Zuordnung zu den Leistungen der Erstausrüstung einer Wohnung ausscheidet.

Nach heutiger Auffassung ist ein Telefon- und Internetanschluss notwendig, um nach einem Umzug die Kommunikation mit anderen Menschen, Behörden, Banken usw. aufrechtzuerhalten. Diese Kommunikation stellt ein vom Gesetzgeber anerkanntes Grundbedürfnis dar, wie die Aufnahme der Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung) in die Ermittlung der Regelbedarfe zeigt, ohne dass diese Kosten, die einmalig in bestimmten Lebenslagen - wie vorliegend durch den Umzug - entstehen, selbst zum Regelbedarf gehören.

Die Kosten in Höhe von 50,37 EUR waren vorliegend auch angemessen.

**LSG Berlin-Brandenburg,  
Urteil vom 24.03.2017,  
L 18 AS 3076/13**



## Wohnraumbedarf bei temporärer BG

Wird wegen der Wahrnehmung des Umgangsrechts ein zusätzlicher Wohnraumbedarf geltend gemacht, kann dieser im Rahmen der konkreten Angemessenheit der Unterkunft- und Heizaufwendungen nach § 22 Abs. 1 S. 1 i.V.m. S. 3 SGB II zu berücksichtigen sein.

Für die Anerkennung eines erhöhten Wohnraumbedarfs ist es nicht erforderlich, dass das Kind mehr als 50% seiner Zeit bei dem Elternteil verbringt, der den Bedarf geltend macht. Dies ist vielmehr Abgrenzungskriterium für die Bestimmung des Lebensmittelpunktes des Kindes, nicht aber für die Anerkennung einer temporären Bedarfsgemeinschaft.

Für eine solche temporäre Bedarfsgemeinschaft ist zur Überzeugung der Kammer der hälftige anerkannte Wohnraumbedarf (derzeit  $\frac{1}{2}$  von 15 qm = 7,5 qm) aber erst für die Zeit ab Eintritt des Kindes in die Schule zu gewähren.

**SG Duisburg, Urteil vom  
24.03.2017, S 5 AS 1078/16**

## Einkommensanrechnung Arbeitgeberdarlehen

Der Einbehalt von monatlich 100 EUR zur Rückführung eines - zur Finanzierung eines Kraftfahrzeugs verwandten - Arbeitgeberdarlehens durch den Arbeitgeber mindert das zu berücksichtigende Einkommen nach dem SGB II nicht. Die Rate ist weder als mit der Erzielung des Einkommens verbundene notwendige Ausgabe i.S. von § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB II vom Einkommen des Klägers abzusetzen noch ist beachtlich, dass das vom Kläger erarbeitete Arbeitsentgelt ihm insoweit nicht ausgezahlt worden ist.

Im entschiedenen Fall hatte der Alg II-Berechtigte mit seinem Pkw einen Totalschaden erlitten und von seinem Arbeitgeber 1.600 EUR zum Kauf eines neuen Pkw erhalten. Das Darlehen war verbunden mit der Ab-

## Unangemessen große Eigentumswohnung

Der Bewilligung von Alg II als Zuschuss steht entgegen, dass der Kläger Eigentümer einer als Vermögen nach § 12 SGB II zu verwertenden Eigentumswohnung (ETW) ist. Die ETW ist nicht geschützt, weil sie mit ca. 98 qm die angemessene Wohnfläche für eine Person von 80 qm deutlich überschreitet und ihr Verkehrswert ca. 95.000 EUR beträgt.

Eine übergangsweise Gewährung von Alg II als Darlehen nach § 9 Abs. 4, § 24 Abs. 5 SGB II, in der der sofortige Verbrauch oder die sofortige Verwertung von Vermögen nicht möglich ist, setzen voraus, dass die betroffene Person Verwertungsbemühungen unternimmt. Werden Verwertungsbemühungen nicht unternommen und sollen solche auch künftig unterbleiben, besteht für diese vom Regelfall „abweichende Erbringung von Leistungen“ kein Raum.

**BSG, Urteil vom 24.05.2017,  
B 14 AS 16/16 R**

rede, der Arbeitgeber dürfe monatlich 100 EUR von dem auszuzahlenden Entgelt einbehalten. Das BSG argumentierte, dass der Kläger im Vorhinein eine Verwendungsentscheidung über das in den betreffenden Monaten zu erwartende Einkommen getroffen hat, die grundsätzlich nicht anders zu bewerten ist wie jede andere Entscheidung über die zur Verfügung stehenden Mittel. Seine Schutzposition aus dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG i.V.m. dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG, die in dem Erfordernis der bereiten Mittel zum Ausdruck kommt, steht dem vorliegend nicht entgegen.

**BSG, Urteil vom 24.05.2017,  
B 14 AS 32/16 R**

## Absetzung von Unterhaltszahlungen bei Alg II

Nur titulierte Unterhaltszahlungen können vom zu berücksichtigenden Einkommen abgezogen werden.

Der Wortlaut des für die strittige Zeit geltende, einschlägige § 11 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 SGB II a.F. ist eindeutig, er regelt „Aufwendungen ... bis zu dem in einem Unterhaltstitel oder in einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung festgelegten Betrag“. Eine bloße Zahlung von Unterhalt genüge nicht.

**BSG, Urteil vom 08.02.2017, B 14 AS 22/16 R**



## Eilverfahren nur als letztes Mittel

Ein sozialgerichtliches Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ist erst zulässig, wenn zuvor sämtliche Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind, um ohne gerichtlichen Rechtsschutz Abhilfe zu erlangen, soweit dies zumutbar und möglich erscheint. Erforderlich ist insoweit jedenfalls eine ausdrückliche Ablehnung durch die Behörde oder ein als Ablehnung zu deutendes Verwaltungshandeln. Der Leistungsberechtigte muss sich grundsätzlich an die Verwaltung wenden, dort einen Antrag auf die begehrte Leistung oder das begehrte Verwaltungshandeln stellen und die normale Bearbeitungszeit abwarten. Insoweit ist in der Regel zu verlangen, dass der Antragsteller, bevor er ein Verfahren des gerichtlichen Rechtsschutzes einleitet, an den Leistungsträger herantritt, versucht auf diesem Wege eine Klärung herbeizuführen, und unter gewissen Umständen eine angemessene Frist setzt, bis wann die Verwaltung eine abschließende Entscheidung mitteilen muss.

**SG Neuruppin, Beschluss vom 26.02.2016, S 26 AS 294/16 ER**

## Wiedereinsetzung in den vorigen Stand

1. Über einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann isoliert durch gesonderten Verwaltungsakt entschieden werden.
2. Ein Beteiligter darf grundsätzlich darauf vertrauen, dass eine im Bundesgebiet werktags aufgegeben Briefsendung am folgenden Werktag ausgeliefert wird. Geht die Postsendung verloren oder wird sie verspätet ausgeliefert, ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Dies gilt auch, wenn der Posteinwurf in einen Briefkasten mit Sonnabendleerung erst an diesem Tag erfolgt (vor der regulären Leerungszeit) und die maßgebliche Frist bereits am darauffolgenden Montag abläuft. Weitere Vorkehrungen müssen nicht ergriffen werden. Insbesondere ist ein Beteiligter nicht gehalten, Schriftsätze vorab per Telefax zu übersenden.
3. Bei Gewährung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird der in der Hauptsache ergangene Widerspruchsbescheid, mit dem der Widerspruch wegen Verfristung als unzulässig verworfen worden ist, gemäß § 39 SGB X gegenstandslos.

Im entschiedenen Fall hatte das Jobcenter dem Kläger einen Änderungs-/Sanktionsbescheid am 12.04.2013 per Postzustellungsurkunde zugestellt. Hiergegen legte er durch seine Prozessbevollmächtigten mit Schreiben vom 10.05.2013 (Freitag) Widerspruch ein, der ausweislich des in der Verwaltungsakte des Beklagten befind-

lichen Eingangsstempels dort am 16.05.2013 einging. Insoweit machte der Prozessbevollmächtigte des Klägers geltend, den Widerspruch am 10.05.2013 (Freitag) gefertigt und noch am selben Tag in den Briefkasten an der H. 195 in I. geworfen zu haben (Leerungszeiten: freitags 16.15 Uhr und sonntags 10.00 Uhr). Entsprechend der von der Post angegebenen generellen Brieflaufzeit von einem Werktag sei mit einem Zugang spätestens am Montag (13.05.2013) zu rechnen gewesen. Die Richtigkeit dieser Angaben versicherte der Prozessbevollmächtigte des Klägers ausdrücklich anwaltlich.

Das Jobcenter lehnte mit dem im vorliegenden Verfahren angefochtenen Bescheid den Wiedereinsetzungsantrag ab. Der Kläger sei nicht gehindert gewesen, den Widerspruch innerhalb der Widerspruchsfrist einzulegen. Unverschuldete Hinderungsgründe seien nicht vorgetragen worden. Der vom Kläger hiergegen eingelegte Widerspruch blieb erfolglos.

Das LSG verpflichtete nun das Jobcenter, dem Kläger Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren und bezog sich in der Urteilsbegründung vor allem auf die höchstrichterliche Rechtsprechung zum Vertrauen auf die reguläre Postlaufzeit (z.B. BVerfG, Kammer-Beschl. vom 25.09.2000 - 1 BvR 2104/99).

**LSG Niedersachsen-Bremen, Urteil vom 10.03.2017, L 11 AS 143/16**



## Rückwirkung des Alg II Antrags auf den Monatsersten bei Auslandsaufenthalt

Wird für eine bislang nicht im Leistungsbezug nach dem SGB II stehende, erwerbsfähige, hilfebedürftige Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland ein Antrag nach dem SGB II gestellt und befindet sich die betreffende Person im Zeitpunkt der Antragstellung im Ausland, so wirkt der Antrag nach § 37 Abs. 2 Satz 2 SGB II gleichwohl auf den Monatsersten zurück. Kehrt die betreffende Person im Kalendermonat der Antragstellung nach Deutschland zurück, so steht § 7 Abs. 4a SGB II a.F. i.V.m. § 3 EAO einem Leistungsanspruch für den gesamten Kalendermonat der Antragstellung nicht entgegen, ohne dass es darauf ankäme, ob das Jobcenter für die Restdauer des Auslandsaufenthalts im Kalendermonat der Antragstellung seine Zustimmung erteilt.

**LSG Hessen, Urteil vom 29.03.2017, L 6 AS 334/16**



## Fahrtkosten bei Methadonbehandlung

Krankenkassen müssen die Fahrtkosten zur ambulanten Methadon-Substitution nicht übernehmen. Die Argumentation hierzu ist, dass in der Regel eine medizinische Notwendigkeit und insbesondere die Voraussetzung, dass eine Beförderung zur Vermeidung von Schaden an Leib und Leben unerlässlich ist, nicht vorliegen. Die Fahrtkosten können aber als besonderer unabweisbarer Bedarf im Sinne des § 21 Abs. 6 SGB II geltend gemacht werden. Ein solcher Anspruch kann auch für andere medizinisch notwendige, aber aus dem Leistungskatalog der Krankenversicherung ausgeschlossene Behandlungen bestehen.

**LSG NRW, Beschluss vom 15.02.2016, L 7 AS 1881/15**

## Rechtswidrigkeit wegen Anhörungsfehler

§ 24 SGB X verpflichtet Behörden zur Anhörung Beteiligter: Bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird, der in Rechte eines Beteiligten eingreift, ist diesem Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern. Wird diese Anhörung nicht durchgeführt, kann sie allerdings im Gerichtsverfahren nachgeholt werden. Die Nachholung der fehlenden Anhörung während des Gerichtsverfahrens setzt nach der Ansicht des BSG jedoch voraus, dass die Behörde dem Betroffenen in einem mehr oder minder förmlichen Verwaltungsverfahren Gelegenheit zur Stellungnahme zu den entscheidungserheblichen Tatsachen und im Anschluss zu erkennen gibt, ob sie nach erneuter Prüfung dieser Tatsachen am bisher erlassenen Verwaltungsakt festhält. Dieses formalisierte Verfahren erfordert regelmäßig ein gesondertes Anhörungsschreiben, eine angemessene Äußerungsfrist, die Kenntnisnahme des Vorbringens durch die Behörde und deren abschließende Äußerung zum Ergebnis der Überprüfung.

Im entschiedenen Fall hatte das Jobcenter auf der Grundlage von § 48 SGB X überzahltes Alg II zurückgefordert und eine Anhörung durchgeführt. Im ablehnenden Wider-

spruchsbescheid hatte das Jobcenter dann die Rechtsgrundlage für die Aufhebung und Erstattung der Leistungen vom § 48 SGB X zum § 45 SGB X gewechselt. Hier hätte aber das Jobcenter vor Erlass des Widerspruchsbescheids eine neuerliche Anhörung durchführen müssen, um der Klägerin Gelegenheit zu geben, sich sachgerecht und vollständig zur erforderlichen grob fahrlässigen Unkenntnis der Rechtswidrigkeit äußern können. Durch die unterlassene Anhörung konnte sie sich erst im Gerichtsverfahren zu ihren Sprachschwierigkeiten, ihrer psychischen Beeinträchtigung und ihrer Unkenntnis von der Berechnungsgrundlage sowie zur Kompliziertheit der Berechnungen äußern. Der Klägerin sind somit vor Erlass des Widerspruchsbescheids Äußerungsmöglichkeiten versagt geblieben, weil sie sich zwar allgemein zum „Verschulden“ geäußert, jedoch erst im Gerichtsverfahren umfassender zum Vorwurf der groben Fahrlässigkeit und zu ihrer Urteils-, Kritik- und Einsichtsfähigkeit vortragen konnte. In dieser Fallgestaltung kann die fehlende Anhörung nicht ordnungsgemäß nachgeholt und der Verfahrensfehler nicht geheilt werden.

**BSG, Urteil vom 26.07.2016, B 4 AS 47/15 R**





## Sanktionierung von Meldeversäumnissen

Der Zweck der Meldeaufforderungen muss entsprechend dem Grundgedanken des „Förderns und Forderns“ im SGB II und nach § 1 Abs. 2 SGB II - nach der Rechtsprechung des BSG (BSG, Urt. v. 29.4.2015, B 14 AS 19/14 R, Rn. 47), der die Kammer folgt - sein, die arbeitssuchende, leistungsberechtigte Person bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen. Trotz der Überschrift „Sanktionen“ vor §§ 31 bis 32 SGB II ist es nicht Ziel der Meldeaufforderungen, durch eine hohe Anzahl von Meldeversäumnissen den Anspruch der Meldepflichtigen auf Alg II zu mindern oder gar zu beseitigen. Denn es handelt sich nach dem Wortlaut und der Konzeption der §§ 31 bis 32 SGB II bei ihnen nicht um Strafvorschriften, nach denen aufgrund eines bestimmten schuldhaften Verhaltens bestimmte Strafen „verhängt“ werden, sondern um die gesetzlichen Folgen von Obliegenheitsverletzungen, weil die Durchsetzung z.B. einer Meldeaufforderung nicht mit Mitteln des Verwaltungszwangs vollstreckt werden darf.

Ist dem Jobcenter bereits bewusst gewesen, dass das Ziel, das mit einem Minderungsbescheid erreicht werden sollte - die Unterstützung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit - nicht (mehr) erreicht werden konnte, durfte eine Sanktionierung nicht erfolgen, weil sie erkennbar das Ziel, den Antragsteller zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu bewegen, nicht mehr erreichen konnte.

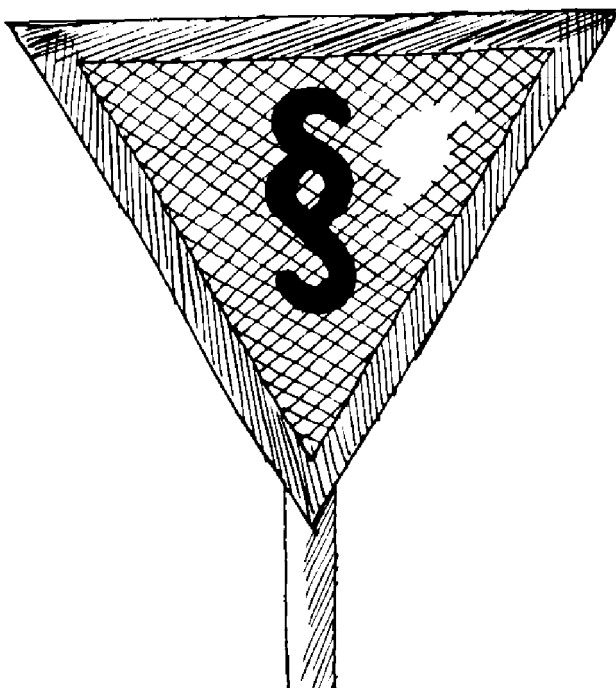
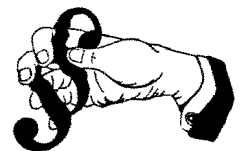
**SG Bremen,  
Beschluss vom 10.03.2017,  
S 41 AS 130/17 ER**

### Anmerkung:

Die BA hat die fachlichen Weisungen zu § 59 SGB II im Mai 2017 angepasst und sich der BSG-Rechtsprechung angeschlossen. Dort heißt es u.a. (Rz. 59.2):

„Ab der vierten Einladung in Folge, d. h. ohne dass die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person den

vorherigen Einladungen nachkam, bedarf es der konkreten Darlegung der Einladungsgründe und einer ergänzenden Darlegung der Ermessensgründe. Diese sind, inklusive diesbezüglicher Aktivitäten (z. B. Kontakt mit Leistungsbereich), zu dokumentieren. Eine bloße Nennung des allgemeinen Einladungszweckes ist ab der vierten Einladung nicht mehr ausreichend. Ziel der Meldeaufforderungen ist nämlich nicht, durch möglichst viele Meldeversäumnisse den Leistungsanspruch zu mindern, sondern vielmehr im Rahmen der persönlichen Vorsprache einen konkreten Meldezweck zu bearbeiten. Eine Änderung der Vorgehensweise ab der vierten Einladung ist auch erforderlich, weil bei überlappenden Sanktionszeiträumen mit einer Minderung von mehr als 30% des maßgeblichen Regelbedarfs ergänzende Sachleistungen zu erbringen sind. Ferner ist zu prüfen, ob der Meldezweck nicht auf andere Weise (z. B. durch andere Arten der Kontaktaufnahme) erreicht werden kann.



## Sanktion für Ü25 immer 3 Monate

Der Minderungszeitraum beträgt bei einer Pflichtverletzung nach § 31 SGB II für Hilfeempfänger, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, drei Monate, auch wenn die nach Maßgabe des SGB III festgestellte Sperrzeit auf sechs Wochen verkürzt wurde. In einem solchen Fall lässt es der eindeutige Wortlaut des § 31b Abs. 1 Satz 3 SGB II nach keiner juristischen Auslegungsmethode zu, abweichende Sanktionszeiträume festzusetzen. Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen insoweit nicht.

**LSG Niedersachsen-Bremen,  
Urteil vom 03.04.2017,  
L 11 AS 19/17**



## Sperrzeit wegen fehlenden Nachweises von Eigenbemühungen nur bei Zusage einer „Gegenleistung“ durch die Arbeitsagentur

Eine Sperrzeit bei fehlendem Nachweis von Eigenbemühungen mit der Folge eines Wegfalls des Anspruchs auf Arbeitslosengeld für die Dauer von zwei Wochen tritt auch dann ein, wenn der Arbeitslose trotz Belehrung über die Rechtsfolgen die von der Agentur für Arbeit geforderten Eigenbemühungen lediglich nicht nachgewiesen hat. Dies setzt aber voraus, dass in der Eingliederungsvereinbarung, in der die Eigenbemühungen und deren Nachweise konkret umschrieben sind, im Gegenzug auch bereits vermittlungsunterstützende Leistungen (Übernahme von Bewerbungskosten, Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen) zugesagt worden sind. Dies hat der 11. Senat des Bundessozialgerichts 2017 in zwei Revisionsverfahren entschieden.

Im ersten Verfahren (B 11 AL 19/16 R) war für den arbeitslosen Kläger in einer Eingliederungsvereinbarung festgelegt worden, dass er sich fünfmal im Monat um Stellen bewerben

müsse. Die Bewerbungsaktivitäten sollten jeweils anhand einer Liste dokumentiert und bis zum Monatsende bei der Arbeitsagentur per Post eingereicht werden. Die Arbeitsagentur sagte in der Vereinbarung Leistungen (Bewerbungscoaching, Übernahme von Bewerbungs- und Fahrtkosten) zu. Nachdem der Kläger keinen Nachweis vorgelegt hatte, hob die Arbeitsagentur die Arbeitslosengeldbewilligung wegen des Eintritts einer Sperrzeit für zwei Wochen auf. In diesem Verfahren hat der 11. Senat die abweisenden Entscheidungen der Vorinstanzen bestätigt.

Im zweiten Verfahren (B 11 AL 5/16 R) waren nach einer mit einer arbeitslosen Klägerin abgeschlossenen Eingliederungsvereinbarung sechs Bewerbungsaktivitäten monatlich im kaufmännischen Bereich zu unternehmen und in einer Auflistung zu dokumentieren. Die Liste sollte immer spätestens bis zum 5. des Folgemonats unaufgefordert eingereicht werden. Auch hier wurde die Arbeitslo-

sengeldbewilligung für zwei Wochen aufgehoben, weil die Nachweise nicht fristgerecht vorgelegt worden waren. Die Vorinstanzen haben der Klägerin Recht gegeben. Die Revision der Arbeitsagentur hatte keinen Erfolg. Der 11. Senat des Bundessozialgerichts ist davon ausgegangen, dass es schon an einer Grundlage für die Sperrzeit fehlt. Die als öffentlich-rechtlicher Austauschvertrag zu bewertende Eingliederungsvereinbarung ist nichtig, weil den dort festgelegten Bewerbungsaktivitäten keine „Gegenleistungen“ der Arbeitsagentur, etwa in Form der Übernahme von angemessenen Kosten für schriftliche Bewerbungen oder Fahrtkosten zu Vorstellungsgesprächen, gegenüber stehen. Die Zusage angemessener vermittlungsunterstützender Leistungen ist bei Festlegung von Eigenbemühungen regelmäßig erforderlich.

**Urteile des BSG vom 04.04.2017, B 11 AL 19/16 R und B 11 AL 5/16 R**



## Alg-Berechnung nach Freiwilligem Sozialem Jahr

Das Arbeitslosengeld eines Arbeitslosen, der nach Abschluss seiner schulischen Ausbildung ein Freiwilliges Soziales Jahr hat, wird nach dem „Bruttoarbeitsentgelt“ und nicht fiktiv berechnet.

Im entschiedenen Fall hatte die Klägerin ein Freiwilliges Soziales Jahr im Ausland absolviert und dafür neben der Unterkunft ein Taschengeld von 150 Euro/Monat und einen Verpflegungs- und Fahrtkostenzuschuss von 55 Euro/Monat erhalten. Die Arbeitsagentur ermittelte daraus einen Arbeitslosengeldanspruch von lediglich 3,19 EUR/Tag auf der Bemessungsgrundlage von 2.460 EUR (205 EUR/Monat). Die Klägerin begehrte ein auf höheres, fiktiv nach Qualifikationsgruppe 4 bemessenes Alg, blieb aber

im Ergebnis erfolglos. Das Freiwillige Soziale Jahr sei vom Gesetzgeber bewusst einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gleichgestellt worden. Die Regelung über die fiktive Bemessung setzt voraus, dass kein Arbeitsentgelt erzielt wurde, was hier nicht der Fall war.

Das BSG bestätigte aber die Vorinstanz in der Ansicht, dass bei der Alg-Bemessung zumindest neben Taschengeld und Verpflegungs-/Fahrtkostenzuschuss auch der Wert des Mittagessens (mit monatlich 80 EUR) und der Wert der gestellten Unterkunft ist (mit monatlich 198 EUR) anzusetzen ist (alle Werte sind aus den Jahren 2007 / 2008).

**BSG, Urteil vom 23.02.2017, B 11 AL 1/16**



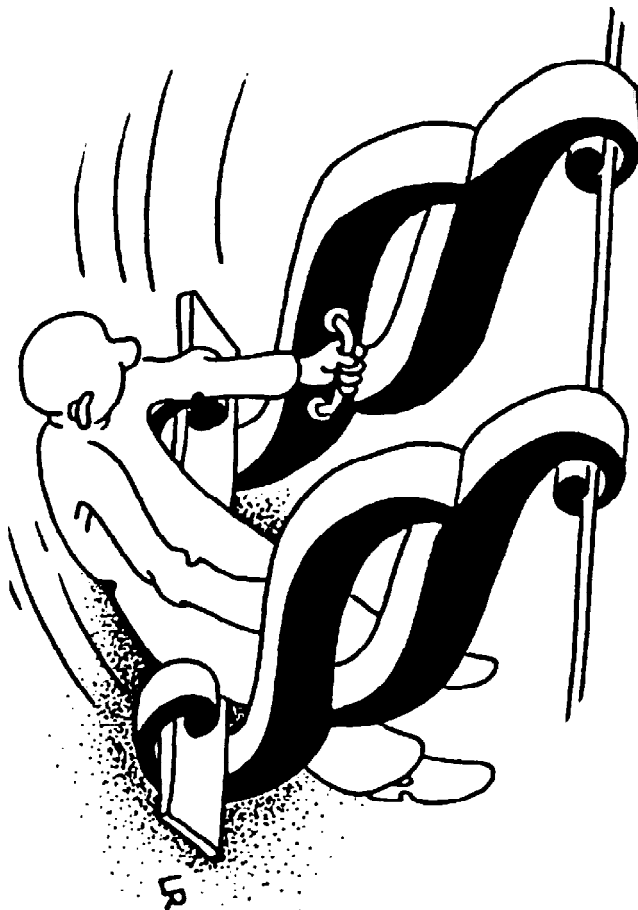
## Kürzung von Asylbewerberleistungen auf das „unabweisbar Gebotene“ verfassungsrechtlich unbedenklich

Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht in § 1a Nr. 2 in seiner früheren Fassung (wie in der derzeit gültigen Normfassung) die Kürzung der Leistungen auf das „unabweisbar Gebotene“ vor und erfasst damit unter anderem Fälle, in denen ein ausreisepflichtiger Leistungsberechtigter bei der Beschaffung eines Passes als Voraussetzung für seine Abschiebung nicht mitwirkt. Der 7. Senat des BSG hat entschieden, dass diese Regelung verfassungsrechtlich unbedenklich ist. Zugrunde lag der Fall eines aus Kamerun stammenden Klägers, dessen Asylantrag bereits im Jahr 2004 abgelehnt worden war, der aber seitdem an der Beschaffung von Passpapieren nicht mitwirkt, obwohl er dazu ausländerrechtlich verpflichtet ist. Allein

deshalb konnte die Abschiebung des Klägers noch nicht vollzogen werden. Er hat daher nur Sachleistungen zur Sicherung der physischen Existenz (Unterkunft, Kleidung, Ernährung) erhalten (wertmäßig 168,12 EUR), nicht aber Geldleistungen (bis zu 137 EUR monatlich) zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens, also etwa Kosten für Telekommunikation oder öffentlichen Nahverkehr oder auch Freizeitaktivitäten (sogenanntes soziokulturelles Existenzminimum).

Das Bundessozialgericht hält diese Regelung für verfassungsgemäß.

**BSG, Urteil vom 12.05.2017, B 7 AY 1/16 R**



## Arbeitnehmereigenschaft

Der Begriff des Arbeitnehmers ist weit auszulegen; die Höhe des monatlichen Entgelts aus der geringfügigen Tätigkeit führt zu keiner anderen Beurteilung.

Der Lohn für eine Haushaltshilfe in Höhe von 168 EUR monatlich (2 Tage à 2,5 Stunden wöchentlich; 9 EUR Stundenlohn) ist als ausreichend zur Anerkennung der Arbeitnehmereigenschaft anzusehen.

**LSG NRW, Beschluss vom 20.04.2017, L 7 AS 737/17 B ER**

## Mitwirkungspflichten bei Partnereinkommen

Zu den Mitwirkungspflichten nach § 60 Abs. 1 SGB I gehören u.U. auch Auskünfte bzw. Angaben, die einen Dritten betreffen, soweit dies für die Gewährung von Leistungen von Bedeutung ist. Diese Pflicht geht jedoch nicht dahin, Beweismittel von dem Partner oder sonstigen Dritten zu verschaffen.

**LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 22.09.2016, L 7 AS 3613/15**

## Krankengeldanspruch auch ohne förmliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit

Die 22. Kammer des Sozialgerichts Leipzig hat entschieden, dass der Anspruch auf Krankengeld im Einzelfall nicht zwingend voraussetzt, dass Arbeitsunfähigkeit förmlich bescheinigt wird. Ausreichend ist vielmehr eine Feststellung der Arbeitsunfähigkeit durch einen Arzt, der auch nicht zwingend als Vertragsarzt im Rahmen der kassenärztlichen Versorgung zugelassen sein muss.

**SG Leipzig, Urteil vom 03.05.2017, S 22 KR 75/16**



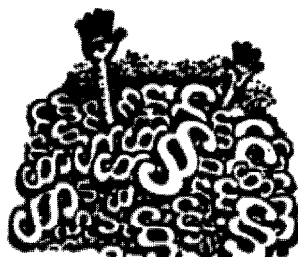
## Aufrechnung der Mietkaution?

Aufwendungen für eine Mietkaution können bei vorheriger Zusicherung durch das Jobcenter als Bedarf anerkannt werden. Aufwendungen für eine Mietkaution sollen als Darlehen erbracht werden (§ 22 Abs. 6 Satz 3 SGB II). Nur in atypischen Fällen („soll“) ist eine Bewilligung der Kautionsdarlehen als Zuschuss möglich. Folgt man dem Wortlaut des § 42a Abs. 2 SGB II, gilt für alle Darlehen: „Solange Darlehensnehmer Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen, werden Rückzahlungsansprüche aus Darlehen ab dem Monat, der auf die Auszahlung folgt, durch monatliche Aufrechnung in Höhe von 10 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs getilgt.“

Es gibt keinerlei Beschränkung auf bestimmte Darlehen oder gar eine Ausnahmeregelung für Mietkautionsdarlehen. Trotzdem ist in der Rechtsprechung die Frage der Zulässigkeit

der Aufrechnung von Mietkautionsdarlehen umstritten. Es gibt u.a. verfassungsrechtliche Bedenken. So hatte sich z.B. das SG Berlin bereits 2011 gegen die Aufrechnung eines Mietkautionsdarlehens über 23 Monate gewandt. Die Kürzung des Regelbedarfs um 10% über einen nicht nur vorübergehenden Zeitraum setze dem Empfänger eines Kautionsdarlehens, der weder über Zusatzeinkommen noch zukunftsnahe Erwerbschancen verfügt, einer Situation aus, die das BVerfG bewogen hatte, einen Sonderbedarf als unabdingbare Zusatzleistung vom Regelbedarf vorzusehen (vom Gesetzgeber mit § 21 Abs. 6 SGB II umgesetzt); es sei daher nicht verfassungsgemäß, Alg II-Berechtigte über 20 Monate hinweg auf ein Leistungsniveau zu drücken, das Ansparungen vom oder Ausgleich im Regelbedarf ausschließt (SG Berlin, Beschluss vom 30.09.2011, S 37 AS 24431/11 ER).

Leider hat das BSG sich zu dieser Frage bisher nicht geäußert. Sophia Nguyen, Richterin am Sozialgericht und zurzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bundessozialgericht, hat in einem Beitrag für die Fachzeitschrift „SGB - Die Sozialgerichtsbarkeit“ (Ausgabe 04/2017, S. 202ff.) ausführlich und überaus fundiert begründet, warum entgegen seinem weiteren Wortlaut Mietkautionsdarlehen vom Anwendungsbezug des § 42a Abs. 2 SGB II nicht erfasst sind. Sie führt dabei insbesondere teleologische, systematische und verfassungsrechtliche Erwägungen auf. Der Beitrag ist für Rechtsspezialisten überaus lesenswert. Betroffene und ihre Anwälte, die sich gegen die Aufrechnung des Mietkautionsdarlehens wehren möchten, sollten sich in der Begründung von Widerspruch und Klage auf diesen Beitrag beziehen.



## Neue Weisungen der BA zu Sanktionen im SGB II

Die BA hat die Weisungen zu §§ 31, 31a, 31b SGB II aktualisiert. U.a. wird die BSG-Rechtsprechung anerkannt, dass in Zusammenhang mit einer Sanktion die Minderung des Leistungsanspruchs ein klarstellender Verwaltungsakt erlassen werden muss, der die Pflichtverletzung feststellt und die Aufhebung in Höhe des Minderungsbetrages nach § 48 Abs. 1 SGB X für den letzten maßgeblichen, vorangegangenen Bewilligungs- oder Änderungsbescheid der betroffenen Monate bzw. des betroffenen Monats regelt. Außerdem muss zur Erläuterung dem Sanktionsbescheid ein Berechnungsbogen beigelegt werden, mit dem die Aufhebungsentscheidung in ihren Auswirkungen auf die Leistungshöhe dargestellt ist.

Ebenfalls nachvollzogen wird die BSG-Rechtsprechung, dass im Falle einer Sanktion, die zum vollständigen Wegfall des KdU-Anteils führt, in einer Mehrpersonen-BG einzelfall- und bedarfsbezogen vom Kopfteilprinzip abgewichen werden kann: „Dies gilt in denjenigen Fällen, in denen wegen des aufgrund einer Sanktion wegfallenden Kopfteils die Kosten der Unterkunft nicht mehr vollständig gedeckt sind. Dadurch würde nämlich eine „Haftung“ der übrigen BG-Mitglieder für das Fehlverhalten der sanktionierten Person eintreten. Die weiteren Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft können jedoch nicht darauf verwiesen werden, die Bedarfslücke bei den Kosten für Unterkunft- und Heizung (mietvertragliche Verpflichtung) aus

dem eigenen Regelbedarf, aus Mitteln von Dritten oder aus nicht zu berücksichtigendem Einkommen und Vermögen zu schließen.“

Dies bedeutet, dass bei einer rechtmäßigen Minderung die sanktionierte Person bei der kopfteiligen Festsetzung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung unberücksichtigt bleibt. Für den Zeitraum der Minderung aufgrund einer Sanktion ist entsprechend für die übrigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft die KdU neu zu berechnen. Verfügt die sanktionierte Person über eigenes Einkommen, ist dies vorrangig zur Deckung der Unterkunftskosten einzusetzen. Eine abschließende Regelung hierzu obliegt jedoch allein dem jeweiligen kommunalen Träger.

## Rückforderung von Kindergeld bei Alg II-Bezug

In den SOZIAL INFOs 2/2014 und 4/2015 hatten wir bereits über die Probleme berichtet, die auftreten, wenn die Familienkasse von Alg II-Berechtigten Kindergeld zurückfordert. Da die Fallgestaltung in der Beratung nicht selten auftritt, sollen diese Informationen noch einmal aktualisiert dargestellt werden.

Regelmäßiger Ausgangspunkt des Problems ist ein gleichzeitiger Bezug von Alg II und Kindergeld, bei dem das Kindergeld als Einkommen angerechnet wird. Fordert nun die Familienkasse nachträglich das Kindergeld für die Vergangenheit zurück, weil es zu Unrecht bezogen wurde, entsteht für die Leistungsberechtigten eine scheinbare Patt-Situation. Denn einerseits ist die Forderung der Familienkasse grundsätzlich berechtigt, andererseits hatte aber auch das Jobcenter das tatsächlich zugeflossene Kindergeld rechtmäßig als Einkommen angerechnet.

Im Jahr 2009 hatte das SG Detmold (Urteil vom 31.03.2009 - S 8 AS 61/08) zunächst noch die für Betroffene günstige Rechtsauffassung vertreten, dass das Jobcenter den Ausgangsbescheid auf Basis des § 44 SGB X korrigieren müsse. Denn das im streitgegenständlichen Zeitraum ausgezahlte Kindergeld sei von Anfang an bereits mit einer Rückzahlungsverpflichtung belastet und hätte deshalb unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht zur Deckung seines Lebensunterhaltes zur Verfügung. Unerheblich sei, dass die Familienkasse die Rückzahlungsverpflichtung erst durch einen späteren, nach Ablauf der streitgegenständlichen Bewilligungszeiträume erlassenen Bescheid konkretisiert hat. Das Jobcenter hatte im Verfahren argumentiert, dass der Kläger im streitgegenständlichen Zeitraum das Kindergeld tatsächlich zur Bedarfsdeckung verwenden konnte, und die Anrechnung deshalb rechtmäßig sein. Das SG folgte diesem Einwand aber nicht und wandte ein, der Argumentation des Jobcenters liege letztlich der für das Bundessozialhilfegesetz entwickelte Grundsatz „Keine Sozialhilfe für die Vergangenheit“ zugrunde. Dieser

sei jedoch auf das SGB II nicht übertragbar. Dem Grundsatz lag die Erwägung zugrunde, dass die Sozialhilfe als eine ausschließlich auf die Gegenwart bezogene, gleichsam täglich neu regelungsbedürftige Hilfe ausgestaltet sei (BVerwG Urteil vom 13.11.2003, 5 C 26/02). Hiervon unterscheiden sich die Leistungen nach dem SGB II. Diese stellen auf Dauer angelegte Sozialleistungen dar, die mittels eines Dauerverwaltungsaktes für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten bewilligt werden.

Diese Rechtsauffassung hat sich jedoch leider nicht durchgesetzt. Bereits 2011 urteilte die 18. Kammer des SG Detmold (Urteil vom 18.01.2011, S 18 AS 201/09) genau entgegengesetzt. Es komme nicht auf die Herkunft und Rechtsgrundlage der Einnahmen an. Vom Einkommensbegriff umfasst werden sämtliche Geldzahlungen und entscheidend ist allein der tatsächliche Zufluss und ob die Mittel tatsächlich zum Bestreiten des Lebensunterhaltes eingesetzt werden können. Etwas anderes ergibt sich nach dieser Entscheidung auch nicht daraus, dass im Fall eines Darlehens die finanziellen Mittel

aus dem Darlehen nach der Rechtsprechung (BSG, Urteil vom 17.06.2010, B 14 AS 46/09 R) nicht im Rahmen der SGB II-Leistungen Anrechnung als Einkommen finden dürfen. Denn ein „echtes Darlehen“ zeichne sich dadurch aus, dass die zugeflossenen finanziellen Mittel von Anfang an nicht dauerhaft beim Darlehensnehmer verbleiben, sondern der Darlehensnehmer bereits anfänglich mit der Rückzahlungsverpflichtung aus dem Darlehensvertrag belastet ist (vgl. § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB). Folglich soll eine Anrechnung als Einkommen dann nicht möglich sein, wenn die Einnahme von vornherein mit einer Rückzahlungsverpflichtung verbunden ist. Im Fall der Anrechnung des Kindergeldes als Einkommen der Klägerin erfolgt die Zahlung des Kindergeldes jedoch ohne Rückzahlungsverpflichtung. Die Erstattungspflicht ergibt sich erst aufgrund des Erstattungsbescheides der Familienkasse. Die nachträgliche Erstattungsforderung kann jedoch nicht mehr den ursprünglichen tatsächlichen Zufluss im Monat des Bedarfes beeinflussen. Eine Überprüfung gem. § 44 SGB X setzt voraus, dass die Entscheidung des Jobcenters anfänglich rechtswidrig war.



Diese unbefriedigende Situation hat schon mehrfach die Gerichte beschäftigt. Auf Seiten der Sozialgerichte scheint aber geklärt, dass eine nachträgliche Korrektur in der vorliegenden Fallgestaltung der Alg II-Entscheidungen nicht möglich ist (vgl. z.B. LSG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 25.05.2010 L 3 AS 64/10 und BSG-Urteil vom 23.08.2011 B 14 AS 165/10 R).

Die mögliche „Lösung“ wird daher vor allem auf der Seite der Familienkasse gesehen, die gem. § 227 Abs. 1 der Abgabenordnung (AO) Erstattungsansprüche von Kindergeld ganz oder teilweise erlassen kann, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre.

Der Bundesfinanzhof hat sich zuerst in einem Urteil vom 15.03.2007 (III R 54/05) dahingehend geäußert, dass eine Billigkeitserlass erwägenswert wäre, wenn der Kindergeldberechtigte in zumutbarer Weise mitgewirkt hat und die Familienkasse ihrerseits nicht alles ihr Mögliche und Zumutbare getan hat, um die ungerechtfertigte Kindergeldgewährung zu vermeiden. Diese Ansicht wurde in weiteren vergleichbaren Fällen wiederholt (Urteile vom 19.11.2008, III R 108/06, vom 18.12.2008, III R 93/06, vom 30.07.2009 III R 22/07, vom 22.09.2011 III R 78/08, BFH/NV 2012, 204, Beschlüsse vom 27.12.2011 III B 35/11 und vom 23.02.2015, III B 41/14).

Allerdings handelt es sich - worauf das Finanzgericht Düsseldorf hinweist - jeweils um sogenannte „obiter dicta“, d.h. in den Urteilen geäußerte Rechtsansichten, die nicht zur Urteilsbegründung dienen und damit nicht verbindlich entschieden wurden.

Außerdem handelt es sich bei der Möglichkeit des Erlasses der Forderung wegen Unbilligkeit nur um eine Ermessensentscheidung. Das Finanzgericht betont in einer Entscheidung (Urteil vom 06.03.2014, 16 K 3046/13 AO) die Notwendigkeit der Familienkasse, die Sachverhaltsumstände im Rahmen des Erlassverfahrens zu ermitteln (durch Beiziehung von Unterlagen des Jobcenters, durch Nach-

fragen beim Kläger) und zu würdigen. Wesentlich sei, dass das Verhalten (im Sinne von Verursachungsanteilen bzw. Verschulden) des Kindergeldberechtigten, der Sozialbehörde (Jobcenter, Agentur für Arbeit) und der Familienkasse festgestellt und gewürdigt wird:

„Im Billigkeitsverfahren ist das Verhalten des Kindergeldberechtigten bzw. Abzweigungsempfängers, des Sozialleistungsträgers und der Familienkasse zu würdigen und abzuwägen. In diesem Zusammenhang muss sich die Familienkasse das Verhalten des Sozialleistungsträgers nicht ohne weiteres zurechnen lassen.“

Andererseits dürfte ein Billigkeitserlass kaum zu versagen sein,

- wenn dem Kindergeldberechtigten die Konsequenzen aus der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses offenbar nicht bewusst waren und zudem die Weitergewährung des Kindergelds (und damit die spätere Rückforderung) auch auf fehlende Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden (Arbeitsamt, Familienkasse und Sozialamt) zurückzuführen gewesen ist (Fall des BFH-Urteils vom 15.03.2007 III R 54/05, BFH/NV 2007, 1298) oder

- wenn der Kindergeldberechtigte seine Mitwirkungspflichten vollständig erfüllt hat und die Familienkasse die ungerechtfertigte Kindergeldgewährung durch unsorgfältige Bearbeitung mitverursacht hat, z.B. einen gebotenen Hinweis an den Kindergeldberechtigten vergessen, eine sich aufdrängende Rückfrage bei anderen Behörden unterlassen und damit die unberechtigte Kindergeldgewährung an einen unberatene(n) Berechtigten gefördert hat (vgl. FG Düsseldorf, Urteil vom 22.09.2011 16 K 1279/11 Kg, AO, EFG 2011, 2176 mit Anm. Siegers EFG 2011, 2178).

Die Bestandskraft einer Rückforderung steht dem Billigkeitsverfahren nicht entgegen.“

In einer jüngeren Entscheidung hat der BFH erneut darauf hingewiesen (Beschluss vom 23.02.2015, III B 41/14), dass bei der Rückforderung von Kindergeld, das zu Unrecht bezogen, jedoch auf andere Transferleistungen angerechnet worden ist, ein Billigkeitserlass nach § 227 der Abgabenordnung gerechtfertigt sein kann (vgl. z.B. Senatsurteile vom 15.03.2007 III R 54/05, BFH/NV 2007, 1298; vom 19.11.2008 III R 108/06, BFH/NV 2009, 357; vom 18.12.2008 III R 93/06, BFH/NV 2009, 749, und

**IMPRESSUM:**

SOZIAL INFO 2/2017

Herausgeber:  
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf  
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH  
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf  
Tel: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: [azd@zwd.de](mailto:azd@zwd.de)  
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:  
Petra Jungen, Jürgen Lies

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Preise: Version Print	20,- EUR*
Version Print plus PDF	24,- EUR*
Version PDF-Solo	15,- EUR*

\*Alle Preise inkl. MwSt., Versand und Verpackung

Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,  
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,  
BIC: DUSSDE33

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 379400



Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“ wird gefördert vom Amt für Soziale Sicherung und Integration



Mit finanzieller Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



(Fortsetzung: Rückforderung von Kindergeld ...)

vom 30.07.2009 III R 22/07, BFH/NV 2009, 1983). In diesem entschiedenen Fall urteilte der BFH, dass das Finanzgericht, das über die Rechtmäßigkeit des Kindergeld-Aufhebungsbescheids zu entscheiden hatte, sich jedoch nicht mit einer Billigkeitsmaßnahme zu befassen brauchte, da eine solche nicht Gegenstand des Klagebegehrens war. Die in diesem Zusammenhang vorgebrachte Rüge der Klägerin, das FG habe den Sachverhalt nur unzureichend aufgeklärt (§ 76 Abs. 1 FGO) und habe das rechtliche Gehör verletzt, weil es sich mit der Anrechnung des Kindergeldes nicht auseinandergesetzt oder darauf keinen Hinweis gegeben habe (§ 96 Abs. 2 FGO, Art. 103 Abs. 1 GG), gehe somit von vornherein ins Leere.

In der Praxis ist es also vor allem wichtig, das Antragserfordernis zu berücksichtigen. Ein Erlass der Forderung kann nur auf ausdrücklichen Antrag hin gewährt werden! In der weiteren Antragsbegründung sind dann die besonderen Umstände des Einzelfalls zu beleuchten. Nur dann kann die Familienkasse Rückforderungsansprüche nach Maßgabe des § 227 AO ganz oder zum Teil erlassen, weil deren Einziehung unbillig wäre: „Die Finanzbehörden können Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis ganz oder zum Teil erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falls unbillig wäre; [...]“ Wann diese „Unbilligkeit“ gege-

ben sein kann, wird in der „Dienstanweisung zum Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz“ (DA-KG, Stand 2016; Download: <http://tinyurl.com/ktc7l42>) etwas näher erläutert. Danach kann die Unbilligkeit sachliche oder persönliche Gründe haben:

„Sachliche Billigkeitsgründe sind gegeben, wenn nach dem erklärten und mutmaßlichen Willen des Gesetzgebers angenommen werden kann, dass er die zu entscheidende Frage - hätte er sie geregelt - im Sinne der beabsichtigten Billigkeitsmaßnahme entschieden hätte (BFH vom 26.10.1972 - BStBl 1973 II S. 271).

Ein Erlass aus sachlichen Billigkeitsgründen kann beispielsweise gerechtfertigt sein, wenn bei der Berechnung der Höhe des Alg II als Einkommen (§ 11 SGB II) Kindergeld angesetzt wurde, bei einer Rückforderung des Kindergeldes eine nachträgliche Korrektur der Leistungen in Höhe des Kindergeldes jedoch nicht möglich ist.“ In solchen Fallgestaltungen „ist eine Rückforderung zumindest insoweit sachlich unbillig, als die Überzahlung des Kindergeldes nicht auf das Verhalten des Berechtigten zurückzuführen ist.“

Zur Frage der persönlichen Billigkeitsgründe führt die Dienstanweisung aus:

„Persönliche Billigkeitsgründe sind gegeben, wenn Erlassbedürftigkeit und

Erlasswürdigkeit vorliegen. Erlassbedürftig ist der Schuldner, wenn durch die Rückforderung seine wirtschaftliche Existenz gefährdet ist. Erlasswürdig ist der Schuldner, wenn er seine Erlassbedürftigkeit nicht selbst herbeigeführt hat und nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen hat. Erlasswürdigkeit ist insoweit zu verneinen, als der Schuldner die Rückforderung durch rechtzeitige Mitwirkung hätte verhindern können, z. B. bei Verletzung der Mitwirkungspflichten nach § 68 Abs. 1 EStG. Erlasswürdig ist auch nicht, wer das Kindergeld hinterzogen (§ 370 AO) oder außersteuerliche Verbindlichkeiten vorrangig befriedigt hat.“

Die wohl jüngste Entscheidung zum Thema stammt vom FG Münster (Urteil vom 12.12.2016, 13 K 91/16 Kg): „Bei einer Kindergeld-Rückforderung kann ein Billigkeitserlass nach § 227 AO gerechtfertigt sein, wenn der Kläger bei Anrechnung des Kindergeldes auf Leistungen nach dem SGB II nicht darauf hingewiesen wurde, dass mit Beendigung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung der Anspruch auf Kindergeld entfällt, ihm die Konsequenzen aus der Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Bezug auf den Wegfall des Kindergeldes nicht bewusst waren und außerdem die zuständigen Behörden (Arbeitsamt, Familienkasse und Sozialamt) nicht miteinander kommuniziert haben.“

## Zumutbare Arbeit bei Pflege von Angehörigen



Eine Arbeit ist unzumutbar, wenn sie nicht mit der Pflege von Angehörigen vereinbart werden kann. Die Beurteilung, in welchem zeitlichen Umfang die Arbeit wegen einer solchen Pflegetätigkeit eingeschränkt werden kann, orientierte sich bisher an den Pflegestufen I bis III. Durch das Pflegegestärkungsgesetz wurden zum 01.01.2017 die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt. Die BA hat nun die Weisungen angepasst und den fünf Pflegegraden jeweils zumutbare Arbeitszeiten zuge-

ordnet (S. 7 der fachlichen Weisungen § 10 SGB II; <http://tinyurl.com/mhryake>). Ab dem Pflegegrad 4 ist keine Arbeit mehr zumutbar. Zu beachten ist, dass sich bei den Pflegegraden 1 bis 3 Einschränkungen nicht nur hinsichtlich der Dauer, sondern auch hinsichtlich der Lage und Verteilung der Arbeitszeit ergeben können: „Die durch die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person nachgewiesenen Einschränkungen sind einzelfallbezogen mit den persönlichen Ansprechpartnern zu besprechen.“

## Widersprüche gegen Sanktionen oft erfolgreich

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (BT 18/11950) neue Zahlen zur Frage der Erfolgsquote von Widersprüchen und Klagen geliefert. Im Jahr 2016 wurden insgesamt etwa 651.000 Widersprüche bearbeitet. 35 % der Widersprüche waren ganz oder teilweise erfolgreich: In 28 % der Fälle wurde dem Widerspruch stattgegeben und in weiteren 7 % der Fälle wurde dem Widerspruch teilweise stattgegeben. Bei den Widersprüchen gegen Sanktionen lag die Erfolgsquote mit 37 % sogar etwas höher.

Gleichzeitig wurden im Jahr 2016 rund 121.000 Klagen bearbeitet. Hier wurde rund 40 % der Klagen

ganz oder teilweise stattgegeben (Quelle: Eigene Berechnung aus den Monatsberichten der Bundesagentur für Arbeit zu Widersprüchen und Klagen im Bereich SGB II)

Im Zeitverlauf zeigt sich über die Jahre eine fallende Tendenz. Die Anzahl der Widerspruchs- und Klageverfahren verringert sich und gleichzeitig sinkt auch die Erfolgsquote. So waren z.B. im Jahr 2011 noch 54 % aller Klagen und fast 40 % Prozent aller Widersprüche gegen Sanktionen erfolgreich.

Die Bundestagsdrucksache ist hier veröffentlicht:

<http://tinyurl.com/kslcwth>



## Neue Weisung zur Sperrzeit bei Aufhebungsverträgen

Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre Geschäftsanweisung zum § 159 SGB III (Ruhe des Anspruchs bei Sperrzeit) aktualisiert. Eine wichtige Änderung betrifft die Rechtsauffassung zur Frage der Verhängung einer Sperrzeit bei Abschluss eines Aufhebungsvertrags.

Ein wichtiger Grund bei Eigenlösung des Beschäftigungsverhältnisses und gleichzeitig drohender Arbeitgeberkündigung liegt nun auch vor, wenn die drohende Arbeitgeberkündigung auf personenbezogene (nicht aber verhaltensbedingte) Gründe gestützt würde. Bisher war die Sperrzeit nur ausgeschlossen, wenn der Arbeitnehmer zur Vermeidung einer betriebsbedingten Kündigung das Arbeitsverhältnis durch Aufhebungsvertrag ohne Entlassungsentschädigung zum gleichen Zeitpunkt beendet hat.

Weggefallen ist außerdem die Mindestabfindungsgrenze. Ein wichtiger Grund für den Abschluss eines Aufhebungsvertrages oder für eine Eigenkündigung liegt nun u.a. vor, wenn

- eine Kündigung durch den Arbeitgeber mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt worden ist,

- die drohende Arbeitgeberkündigung auf betriebliche oder personenbezogene (nicht aber verhaltensbedingte) Gründe gestützt würde,
- die Arbeitgeberkündigung zu demselben Zeitpunkt, zu dem das Beschäftigungsverhältnis geendet hat, oder früher wirksam geworden wäre; bei einer einvernehmlichen Freistellung ist das Ende des Arbeitsverhältnisses maßgebend, wenn bis dahin Arbeitsentgelt gezahlt wird,
- im Falle der Arbeitgeberkündigung die Kündigungsfrist eingehalten würde,
- der Arbeitnehmer nicht unkündbar war und
- eine Abfindung von bis zu 0,5 Monatsgehältern für jedes Jahr des Arbeitsverhältnisses an den Arbeitnehmer gezahlt wird.

Bisher war in diesen Fällen zusätzliche Voraussetzung, dass die Abfindung mindestens 0,25 Bruttomonatsgehälter beträgt. Diese Untergrenze ist nun entfallen.

Die komplette Weisung gibt es hier: <http://tinyurl.com/l99z7c3>

## Neue Pfändungsfreigrenzen ab 01.07.2017

Zum 01.07.2017 werden die Pfändungsfreigrenzen erhöht. Für Alleinstehenden ohne zu berücksichtigende unterhaltsberechtigten Personen erhöht sich der Freibetrag z.B. von 1.073,88 auf 1.133,80 EUR monatlich. Für die erste Unterhaltsverpflichtung erhöht sich der Freibetrag von 404,16 auf 426,71 EUR monatlich.

Der Infodienst Schuldnerberatung stellt eine druckbare Version der im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Tabelle zur Verfügung:

<http://tinyurl.com/me4nasq>

Die neuen Grenzen gelten auch beim Schutz des Einkommens auf dem P-Konto!

## Verfügbarkeit von Studentinnen und Studenten

Bei Schülerinnen, Schülern, Studentinnen oder Studenten einer Schule, Hochschule oder sonstigen Ausbildungsstätte wird vermutet, dass sie nur versicherungsfreie Beschäftigungen ausüben können (§ 139 Abs. 2 Satz 1 SGB III). Sie gelten deshalb als nicht verfügbar und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld nach dem SGB III. Allerdings ist diese Vermutung im Einzelfall widerlegbar, wenn nachgewiesen wird, dass der Ausbildungsgang die Ausübung einer versiche-

rungspflichtigen, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassenden Beschäftigung bei ordnungsgemäßer Erfüllung der in den Ausbildungs- und Prüfungsbestimmungen vorgeschriebenen Anforderungen zulässt (§ 139 Abs. 2 Satz 2 SGB III).

Die fachlichen Weisungen sehen für Studentinnen oder Studenten vor, dass eine Verfügbarkeit für die Zeit zwischen der Immatrikulation und dem tatsächlichen Beginn der Lehrveranstaltungen anerkannt werden kann,

wenn glaubhaft gemacht wird, dass vor Beginn der Lehrveranstaltungen keine Beanspruchung durch das Studium erfolgt. Neu ist seit April 2017, dass auch bei reduzierter wöchentlicher Stundenzahl der Vorlesungen bzw. Seminare auf unter 50 % der Regelstundenzahl oder während eines Urlaubssemesters Verfügbarkeit vorliegen kann:

<http://tinyurl.com/n76zjsq>

## Neuregelung des Mutterschutzes

Der Bundestag hat am 03.04.2017 das Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts beschlossen. Ursprünglich sollte der Gesetzentwurf bereits Anfang 2017 umgesetzt werden. Es gab aber im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens verschiedene Änderungswünsche, die zu Verzögerungen geführt haben.

Zwei Neuerungen sind bereits seit Verkündung des Gesetzes in Kraft:

- Verlängerung der Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung. Die Schutzfrist nach der Geburt eines Kindes mit Behinderung wird von acht auf zwölf Wochen verlängert. Damit soll anerkannt werden, dass die Geburt in vielen dieser Fälle für die Mutter mit besonderen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist.
- Es wird ein Kündigungsschutz für Frauen nach einer nach der zwölften Schwangerschaftswoche erfolgten Fehlgeburt eingeführt.

Alle anderen Änderungen werden erst zum 01.01.2018 in Kraft treten. Dies sind insbesondere:

- Mutterschutz auch für Schülerinnen und Studentinnen  
Schülerinnen und Studentinnen werden in den Anwendungsbereich des MuSchG einbezogen werden, soweit die jeweilige Ausbildungsstelle (z.B. Hochschule oder Schule) Ort, Zeit und Ablauf von Ausbildungsveranstaltungen verpflichtend vorgibt oder die Schülerinnen oder Studentinnen im Rahmen der schulischen oder hochschulischen Ausbildung ein verpflichtend vorgegebenes Praktikum ableisten.

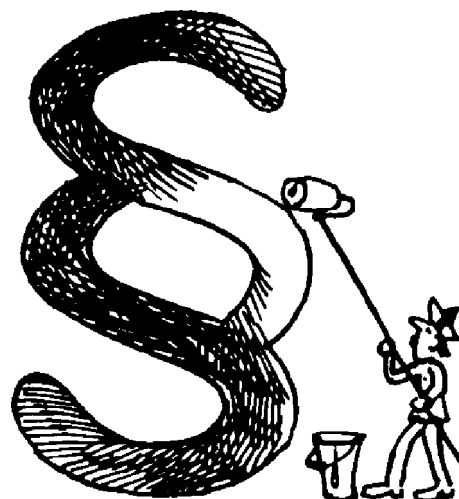
- Einheitliches Gesundheitsschutzniveau

Für alle Berufsgruppen wird ein einheitliches Gesundheitsschutzniveau geschaffen werden. Auch für Beamtinnen, Richterinnen, Soldatinnen, Studentinnen, soll ein ausreichender Mutterschutz während der Schwangerschaft, kurz nach der Entbindung und in der Stillzeit bestehen.

- Die Regelungen zum Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit werden branchenunabhängig gefasst, die Regelungen zum Verbot der Mehr-

arbeit werden um eine besondere Regelung zur höchstens zulässigen Mehrarbeit in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen ergänzt.

- Für die Arbeit nach 20 bis 22 Uhr wird ein behördliches Genehmigungsverfahren eingeführt. Unter anderem muss die Frau sich ausdrücklich bereit erklären, nach 20 Uhr zu arbeiten. Während die Behörde den vollständigen Antrag prüft, kann der Arbeitgeber die Frau grundsätzlich weiterbeschäftigen. Lehnt die Behörde den Antrag nicht innerhalb von sechs Wochen ab, gilt er als genehmigt.
- Betriebe und Behörden werden durch die Einrichtung eines Ausschusses für Mutterschutz in Umsetzungsfragen beraten und begleitet.





Asylrechtsverschärfung:

## Durchsetzung der Ausreisepflicht

Der Bundestag hat mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht“ das Asylrecht deutlich verschärft. Das Gesetz sieht umfangreiche Änderungen vor und hat u.a. sogenannte ausreisepflichtige „Gefährder“ als Zielgruppe, d.h. „Ausländer von denen eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht“.

Diese Personen können leichter in Abschiebehaft genommen oder vor ihrer Abschiebung stärker überwacht werden. Ist eine Abschiebung nicht möglich, kann ein Gefährder verpflichtet werden, eine elektronische Fußfessel zu tragen. Von Asylsuchende ohne gültige Ausweispapiere kann das Bundesamt für Migration die Herausgabe von Mobiltelefonen und anderen Datenträger verlangen und diese auswerten.

Die Bundesländer können neu ankommende Asylsuchende verpflichten, für einen bestimmten Zeitraum in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen. Bei guter Bleibeperspektive werden sie auf die Kommunen verteilt. Bei fehlender Bleibeperspektive kann die Verpflichtung in einer Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, verlängert werden.

ProAsyl kritisiert, dass durch das Gesetz Deutschland vom Aufnahmeland zum Abschiebeland umgebaut wird. Die Abschiebemaschinerie werde perfektioniert, um die Betroffenen außer Landes zu schaffen. Weitere Informationen und eine ausführliche Stellungnahme von ProAsyl gibt es hier:

<http://tinyurl.com/kg7zoqg>

Eine FAQ zum Gesetz gibt es von der Flüchtlingshilfe Berlin:

<http://tinyurl.com/mvz9qe7>

Eine Lesehilfe zum Gesetzentwurf hat die GGUA erarbeitet:

<http://tinyurl.com/levwv5p>

## Rentenerhöhung zum 01.07.2017

Zum 01. 07.2017 werden die Renten erhöht und zwar um 1,9 Prozent im Westen und 3,59 Prozent im Osten. Der aktuelle Rentenwert (West) steigt von derzeit 30,45 EUR auf 31,08 EUR; der aktuelle Rentenwert (Ost) wird von 28,66 EUR auf 29,69 EUR erhöht.

Basis für die Anpassung der Renten ist die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, die im Jahr 2015 gegenüber dem Jahr 2014 um 2,06 Prozent (West) bzw. um 3,74 Prozent (Ost) gestiegen sind. Die Berechnung der Rentenanpassung wird grundsätzlich allerdings auch noch durch weitere Faktoren, wie z.B. den Nachhaltigkeitsfaktor, beeinflusst, durch den das auch aus demografischen Gründen ungünstiger werdende Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern berücksichtigt wird.

Im Übrigen hat die Bundesregierung das „Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz“ beschlossen. Mit der Gesetzesänderung soll erreicht werden, dass ab

dem Jahr 2025 für alle Bundesländer einheitliches Recht gilt. Dazu wird ab dem 01.07.2018 der Rentenwert Ost an den im Westen geltenden Rentenwert in sieben Schritten angeglichen: im ersten Schritt auf 95,8 Prozent des Westwertes, dann in den darauffolgenden Jahren um jeweils 0,7 Prozent. Zum 01.07.2024 beträgt demzufolge der Rentenwert Ost 100 Prozent des Rentenwerts West.

Ab dem 01.01.2019 wird schrittweise auch die Bewertung der Arbeitsentgelte angepasst. Damit verringert sich nach und nach die Hochwertung der Verdienste in den neuen Bundesländern, so dass zum 01.01.2025 die Hochwertung ganz entfällt.

Ab 2025 wird die Rentenanpassung dann für ganz Deutschland auf der Grundlage der gesamtdeutschen Lohnentwicklung erfolgen. Angegli-chen werden auch die Beitragsbemessungsgrenzen - ebenfalls in sieben Schritten.

## Vermögensfreibeträge in der Sozialhilfe

Im letzten **SOZIAL INFO** haben wir bereits über die Anhebung des Vermögensschonbetrags im SGB XII ab 01.04.2017 berichtet.

Die Erhöhung der Vermögensschongrenzen gilt für alle Leistungsberechtigten im SGB XII unabhängig von der Art ihres Bedarfs. Für alle volljährigen Personen, die zu einer sozialhilferechtlichen Einstandsgemeinschaft nach § 19 SGB XII (einschließlich Beziehenden von Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und Blindenhilfe) gehören, sowie für alleinstehende minderjährige Personen gelten dann einheitlich 5.000 EUR als kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte, von deren Einsatz und Verwertung die Sozialhilfe nicht abhängig gemacht werden darf. Hinzu kommen weitere 500 EUR für jede Person, die von einer in der Einstandsgemeinschaft lebenden volljährigen Person und deren Partnerin oder Partner

überwiegend unterhalten wird (also insbesondere Kinder in Einstandsgemeinschaften).

Rechtsanwalt Wolfgang Conradis hat im info also (2/2017, S. 66) darauf aufmerksam gemacht, dass die Erhöhung auch noch einige Folgewirkungen hat. Zum einen wirkt sich die Erhöhung positiv auf den Anspruch auf Prozesskostenhilfe aus. § 115 Abs. 3 ZPO verweist nämlich zur Frage des zumutbaren Vermögenseinsatzes auf § 90 SGB XII, so dass auch an dieser Stelle der erhöhte Vermögensfreibetrag gilt.

Zum anderen entsteht eine neue Ungleichheit zu Lasten von Leistungsberechtigten nach dem SGB II. Denn diese können den Vermögensfreibetrag, der nun im SGB XII gilt, erst ab einem Alter von 29 Jahren (29 x 150 EUR Grundfreibetrag plus 750 EUR Freibetrag für notwendige Anschaffungen) erreichen!





## Gutachten zum Reformbedarf der Grundsicherung

Heinrich Alt, ehemaliges Vorstandsmitglied der BA hat für die Friedrich-Naumann-Stiftung ein Gutachten zum Reformbedarf der Grundsicherung erstellt. Das Gutachten skizziert die Ausgangslage u.a. wie folgt: „25 Mio. Bescheide pro Jahr, manche umfassen bis zu 200 Seiten, 650 Blatt Leistungsakte pro Bedarfsgemeinschaft, über 640.000 Widersprüche und 115.000 Klagen in 2016 zeigen das Bild eines bürokratischen Monsters. Der Versuch des Gesetzgebers, im SGB II die Grundsicherung in der Leistungsgewährung zu vereinfachen, verkehrte sich ins Gegenteil. Zahllose Novellen unternehmen seither den hilflosen Versuch, die komplexe Lebenswirklichkeit derer, die Leistungen zur Existenzsicherung beziehen, in weitere neue und feinzisierte gesetzliche Normen zu fassen.“

Gefordert wird aber nicht die Abschaffung des Hartz IV-Systems, sondern seine Reform vor allem in folgenden Bereichen:



- Leistungen der Grundsicherung stark vereinfachen, entbürokratisieren und durchgängig leistungsanreizend ausgestalten
- Vorzugsweise Langzeitarbeitslosen, Alleinerziehenden und Ungelernten attraktive und zielgenaue Maßnahmen anbieten
- Das System der Arbeitslosenversicherung reorganisieren und die vorhandenen Ressourcen effizienter nutzen, damit die Grundsicherung zur Ausnahme wird
- Jobcenter organisatorisch und infrastrukturell stärken
- Bildung und Teilhabe zukünftig in Verantwortung der Jugendämter geben

Das Gutachten steht nur als Download zur Verfügung:

<http://tinyurl.com/kx8bsdf>

## Leichterer Zugang zur Krankenversicherung der Rentner

Für den Zugang zur beitragsmäßig vergleichsweise günstigen Krankenversicherung der Rentner (KVdR) muss eine sog. Vorversicherungszeit erfüllt sein, d.h. man muss bereits eine bestimmte Zeit Mitglied oder Familienversicherter der gesetzlichen Krankenversicherung gewesen sein. Zur Erfüllung ist es erforderlich, vom Beginn der Erwerbstätigkeit bis zur Rentenanstellung mindestens 9/10 der zweiten Hälfte dieses Zeitraums selbst Mitglied oder familienversichert gewesen zu sein (so genannte 9/10 Regelung). Personen, die lange privat versichert waren oder längere Erziehungszeiten zurückgelegt haben, konnten die Voraussetzung oftmals nicht erfüllen. Dies kann zur Folge haben, dass wegen der Betreuung von Kindern die Vorversicherungszeit nicht erfüllt wird, weil der betreuende Elternteil in dieser Zeit nicht gesetzlich krankenversichert war. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Ehe- oder Lebenspartner des betreuenden Elternteils nicht Mitglied der GKV ist, weil er z.B. verbeamtet ist und damit über den Beihilfeanspruch und eine ergänzende private Krankenversicherung abgesichert ist und deshalb eine beitragsfreie Familienversicherung für den betreuenden Elternteil ausgeschlossen ist. Es besteht für den betreuenden Elternteil bei vorheriger Versi-

cherung in der GKV dann nur die Möglichkeit, die Versicherung in der GKV im Rahmen einer freiwilligen Mitgliedschaft fortzusetzen und darüber auch anrechenbare Zeiten für die KVdR zu erhalten. Für die freiwillige Mitgliedschaft in der GKV sind eigene Beiträge zu entrichten. Dies kann Mütter oder Väter benachteiligen, die ihre Beschäftigung für die Kindererziehung zeitweise unterbrechen und nicht die Möglichkeit der beitragsfreien Familienversicherung haben.

Zukünftig können nun unabhängig von der Krankenversicherung des Ehe- und Lebenspartners jeweils pauschal drei Jahre pro Kind auf die Vorversicherungszeit für die KVdR angerechnet werden. Kinder im Sinne der Vorschrift sind leibliche Kinder und ihnen gleichgestellte Adoptivkinder (§ 1754 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Eine Anrechnung erfolgt auch bei Stiefkindern sowie bei Pflegekindern.

Die Gesetzesänderung tritt zum 01.08.2017 in Kraft. Rentner, denen bisher Zusatzjahre fehlen, um damit die Vorversicherungszeit für die KVdR zu erfüllen, können sich an die Krankenkasse wenden und sich die Jahre unter Vorlage einer Geburtsurkunde der Kinder anrechnen lassen.

## Erleichterung bei Befreiung vom Rundfunkbeitrag



Seit kurzem gibt es eine Erleichterung für Alg II-Beziehende, die sich von der Rundfunkbeitragspflicht befreien lassen wollen. Die Jobcenter verschicken wie bisher Bewilligungsbescheide, die regelmäßig als Anlage die „Bescheinigung über Leistungsbezug zur Vorlage bei dem Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio“ enthalten. Bisher musste diese Bescheinigung zusammen mit dem gesonderten und ausgefüllten Antragsformular des Beitragsservice „Antrag auf Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht“ an den Beitragsservice versendet werden. Nun reicht es aus, nur die Bescheinigung des Jobcenters an den Beitragsservice zu schicken. Die neuen Bescheinigungen enthalten einen entsprechenden Hinweis und ein Feld, in dem nur noch die Beitragsnummer eingetragen muss. Das Antragsformular des Beitragsservice ist dann nicht mehr erforderlich!





## Freibeträge für Zusatzrenten in der Grundsicherung

Das Konzept der Bundesregierung zur Betriebsrentenreform („Betriebsrentenstärkungsgesetz“) wird wahrscheinlich doch noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet. Das Gesetz sieht verschiedene Maßnahmen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht vor, um das Ziel einer weiteren Verbreitung von betrieblicher Altersvorsorge insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen und bei Geringverdienenden erreichen. Dabei ist auch eine Änderung im SGB XII vorgesehen. Bisher lohnt sich für viele Geringverdiener eine private Altersvorsorge schon deshalb nicht, weil sie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Einkommen angerechnet wird. Hier ist nun eine gewisse Verbesserung vorgesehen. Für Einkommen aus zusätzlicher Altersvorsorge soll ein Freibetrag eingeführt werden, der sich auf 100 EUR zuzüglich 30 % des diesen Betrag übersteigenden Einkommens beläuft, höchstens jedoch 50 % der Regelbedarfsstufe 1. Im Jahr 2017 (Re-

gelbedarfsstufe 1 = 409 EUR) könnte also beispielsweise ein Freibetrag von bis zu 204,50 EUR geltend gemacht werden. Zur zusätzlichen Altersvorsorge rechnen bis zum Lebensende und ohne Kapitalwahlrecht monatlich zu zahlende betriebliche Altersvorsorge, private Riester- oder Rürup-Renten unabhängig von einer etwaigen staatlichen Förderung sowie Rentenbeträge, die aus Zeiten einer freiwilligen Versicherung oder einer Versicherungspflicht auf Antrag in der GRV resultieren.

In Anlehnung an die Regelung im SGB II wird zudem klargestellt, dass mit dem Freibetrag für Bezüge oder Einnahmen, die nach § 3 Nummer 12, 26, 26a oder 26b des Einkommensteuergesetzes steuerfrei sind („Ehrenamtspauschale“), pauschal alle Absetzbeträge aus Abs. 2 Satz 1 Nummer 2 bis 4 und aus den Absätzen 3 und 6 SGB XII abgegolten sind. Außerdem soll klargestellt werden,

dass der Ehrenamtsfreibetrag grundsätzlich nicht kumulativ zu den Absetzbeträgen für Erwerbseinkommen gilt, sondern dass Einkommen aus einem Ehrenamt auf die Höchstbeträge für Erwerbseinkommen anzurechnen ist.

Wird das Gesetz, das der Zustimmung durch den Bundesrat bedarf, noch in dieser Wahlperiode verabschiedet, dann soll es in den wesentlichen Teilen zum 01.01.2018 in Kraft treten.

Gesetzentwurf (BT 18/11286 vom 22.02.2017):

<http://tinyurl.com/ya53e7ea>

Änderungsantrag Fraktionen der CDU/CSU und SPD (AuS-Drs. 18(11)1064 v. 29.05.2017):

<http://tinyurl.com/yaexdvut>



### AZD-Empfehlungen zu Online-Informationsquellen

Was	Von wem	Adresse
Aktuelle Infos SGB II, SGB III und Sonstiges	Tacheles / Harald Thomé	<a href="http://tinyurl.com/kjsom2c">http://tinyurl.com/kjsom2c</a>
Statistik und Arbeitsmarktberichterstattung	Bundesagentur für Arbeit	<a href="http://tinyurl.com/lrkly7u">http://tinyurl.com/lrkly7u</a>
Artikel, Pressemitteilungen, Quartalsberichte	Bundesregierung	<a href="http://tinyurl.com/kcc8hxx">http://tinyurl.com/kcc8hxx</a>
Informationen aus der G.I.B., arbeitsmarktpol. Pressespiegel, Link-Tipps, beschäftigungspolitische Themen	G.I.B.-Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (Landesberatungsgesellschaft)	<a href="http://tinyurl.com/mb2mess">http://tinyurl.com/mb2mess</a>
IAB-Newsletter	IAB Nürnberg	<a href="http://tinyurl.com/knypppw">http://tinyurl.com/knypppw</a>
Newsletter zu aktuellen Themen und Informationen	BMAS	<a href="http://tinyurl.com/n58jyw7">http://tinyurl.com/n58jyw7</a>
Newsletter zur ESF-geförderten Arbeitspolitik in NRW sowie zur Integrationspolitik	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS)	<a href="http://tinyurl.com/mjwb2ct">http://tinyurl.com/mjwb2ct</a>
Newsletter rund um die Schuldnerberatung	Infodienst Schuldnerberatung	<a href="http://tinyurl.com/mjqn7uw">http://tinyurl.com/mjqn7uw</a>
KuNo (Kurz Notiert)	SKM, Reiner Klaes	<a href="http://tinyurl.com/lguv4z7">http://tinyurl.com/lguv4z7</a>
Sozial- / Arbeitsmarktpolitik / Rechtsticker	DGB	<a href="http://tinyurl.com/meq892e">http://tinyurl.com/meq892e</a>
Allg. Infos Sozialpolitik	Deutscher Verein	<a href="http://tinyurl.com/mlrmg2h">http://tinyurl.com/mlrmg2h</a>
Allg. Infos SB	Infodienst Schuldnerberatung	<a href="http://tinyurl.com/mjqn7uw">http://tinyurl.com/mjqn7uw</a>
Hartz IV Newsletter	Gegen-Hartz.de	<a href="http://tinyurl.com/kgdjvaz">http://tinyurl.com/kgdjvaz</a>
SGB II-Kurzmitteilungen	Bernd Eckhardt	<a href="http://tinyurl.com/mfk5cnu">http://tinyurl.com/mfk5cnu</a>
Sozialrecht Justament	Bernd Eckhardt	<a href="http://tinyurl.com/mdk9k65">http://tinyurl.com/mdk9k65</a>
QUER (Zeitschrift)	ALSO (Oldenburg)	<a href="http://tinyurl.com/m6vf678">http://tinyurl.com/m6vf678</a>
SG-Urteile und Gerichte	Sozialgerichtsbarkeit	<a href="http://tinyurl.com/9kpkvhf">http://tinyurl.com/9kpkvhf</a>
BSG Entscheidungen	Bundessozialgericht	<a href="http://tinyurl.com/l39emec">http://tinyurl.com/l39emec</a>
Arbeits- und Sozialrecht	Haufe Verlag	<a href="http://tinyurl.com/kx5nsor">http://tinyurl.com/kx5nsor</a>
Soz.pol. Fragen: Ticker und Newsletter	Portal Sozialpolitik	<a href="http://tinyurl.com/l1rbmwv">http://tinyurl.com/l1rbmwv</a>
Bundesrecht - tagaktuell konsolidiert	Buzer	<a href="http://tinyurl.com/3wbr4y5">http://tinyurl.com/3wbr4y5</a>

GASTBEITRAG von Ulrike Leistner, Leipzig

## „Bei Risiken und Unklarheiten lesen Sie den Rechtsbehelf oder fragen Sie Ihren Sozialarbeiter“

– Ergebnisse einer Online-Befragung zu Verständigungsbarrieren in Jobcenterschreiben

### Hintergrund

Dass Verwaltungsschreiben im Allgemeinen nicht leicht zu verstehen sind, ist hinlänglich bekannt. In Briefen und Formularen von Jobcentern an ihre „Kundinnen und Kunden“ kann Unverständlichkeit wegen der Sanktionsinstrumentarien für ALG II-Beziehende jedoch zur existenziellen Bedrohung führen. Auch um dem Übermaß an Widersprüchen und Klagen entgegenzuwirken, wurden von Jobcentern seit 2009 verstärkt Anstrengungen unternommen, um Verständlichkeit, Transparenz und Rechtssicherheit in den Schreiben zu verbessern. Die überarbeiteten Jobcenterschreiben der 304 gemeinsamen Einrichtungen (gE) wurden einheitlich durch die Zentrale der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt. Nach Heinrich Alt, dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit (BA), sollte dabei „die Klarheit der Sprache [...] die Akzeptanz in die Arbeit der Jobcenter erhöhen und damit das Vertrauen in unsere Entscheidungen aufbauen“. Die 105 Jobcenter zugelassener kommunaler Träger (zkT), sogenannte Optionskommunen, werben hingegen per se damit, besonders „nah am Menschen“ zu agieren.

Erwerbslosenberatungsstellen stellen für ALG II-Beziehende bei Fragen oder Problemen mit Jobcentern eine wichtige Anlaufstelle dar, auch um sich eine Zweitmeinung einholen zu können. Daher sollte aus Perspektive dieser Beraterinnen und Berater überprüft werden, welche Auswirkung die Optimierungsmaßnahmen der Jobcenter auf deren alltägliche Beratungsanlässe hatten, wo aus ihrer Sicht die Ursachen für Verständigungsbarrieren liegen und ob es dabei Unterschiede in der Trägerschaft der Jobcenter gibt.

### Datenerhebung und Befragte

Zwischen April und Mai 2014 nahmen insgesamt 237 Beraterinnen und Berater in Erwerbslosenberatungsstellen an einer deutschlandweiten Online-Befragung teil. 190 Befragte beraten überwiegend zu Jobcenterschreiben gE und 47 zu Jobcenterschreiben zkT. Die Mehrheit der Befragten ist weiblich, verfügt über einen Abschluss

der Sozialen Arbeit sowie über 5 oder mehr Jahren Beratungserfahrung.

### Auswirkungen der Optimierungsmaßnahmen

Verständigungsbarrieren in Jobcenterschreiben nehmen im Beratungsalltag von ALG II-Beziehenden weiterhin einen hohen bis außerordentlich hohen Stellenwert ein. Trotz umgesetzter Optimierungsbemühungen blieb die Anzahl der Beratungsanlässe zu Verständigungsbarrieren in Schreiben gE wie auch zkT gleich. Begründet wird dies unter anderem mit einer unveränderten Ausgangslage (z.B. hinsichtlich rechtlicher Unsicherheiten) bzw. der unzureichenden Ausrichtung der Maßnahmen an den tatsächlichen Bedarfen der Adressatengruppe. Neben der reinen Kontrolle von Bescheiden stehen vor allem die Übersetzung der Schreiben in Alltagssprache und zusätzliche Informationsvermittlung zu Verwaltungsabläufen im Mittelpunkt der Beratung. Dass der Inhalt der Jobcenterschreiben selbst für Beratende nicht erklär- oder interpretierbar sind, tritt tendenziell eher bei Jobcenterschreiben gE auf. Allerdings können diese häufiger auf besondere Kommunikationsvereinbarungen zwischen Beratungseinrichtung und dem örtlichen Jobcenter zurückgreifen (z.B. Kontaktpersonen im Jobcenter für dringende Fälle oder regelmäßige Feedbacktreffen mit der Leitungsebene des Jobcenters). Fehlerhafte Bescheide werden unabhängig von der Jobcenterträgerschaft mehrheitlich in „drei bis sechs von 10 Fällen“ moniert.

### Ursachen für Verständigungsbarrieren

Als Haupteinflussfaktoren sind für Befragte zu Jobcenterschreiben gE wie auch zkT die gleichen Ursachen dominierend. Die ersten beiden Ränge nehmen die schwere Erreichbarkeit der Jobcenter und die geringe Nachvollziehbarkeit der Schreiben ein. An dritter und vierter Stelle folgen beschädigte Glaubwürdigkeit und allgemeine Textbausteine ohne Zuschnitt auf den Adressaten. Die leserbezogenen Ursachen, Angst vor Ausgeliefert sein und negative Erfahrungen sind auf den hinteren Rängen zu verorten. Am sel-

tensten werden eine uneindeutige Grammatik bzw. eine geringe Motivation der Ratsuchenden seitens der Befragten für die Verständigungsbarrieren verantwortlich gemacht. Unterschiede zwischen der Trägerschaft der Jobcenter finden sich nur punktuell. So sind Jobcenter gE (noch) schlechter zu erreichen, wohingegen bei Jobcenterschreiben zkT statistisch häufiger eine uneindeutige Grammatik und eine geringe Motivation der Ratsuchenden die Schreiben verstehen zu wollen thematisiert wird.

### Fazit

Entgegen der Zufriedenheitsbefragungen der BA zeigen die vorliegenden Ergebnisse, dass die bisherigen Optimierungsmaßnahmen zu kurz griffen, um Verständlichkeit, Transparenz und Rechtssicherheit zufriedenstellend zu erreichen. Neben sprachlichen Vereinfachungen und nachvollziehbaren Entscheidungen, müssen in erster Linie vor allem die Abschirmtendenzen der Jobcenter gegenüber ihren „Kundinnen und Kunden“ abgebaut werden, um Verständigungsbarrieren zu beheben. Auch konkretisiert die Fehlerquote in Bescheiden weiterhin den selbstgesteckten Anspruch der Jobcenter mehr Akzeptanz in deren Entscheidungen zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund scheint es (noch) ratsam, sich bei Unklarheiten in Jobcenterschreiben an unabhängige Beratungsstellen zu wenden. Wenngleich Kommunikationsvereinbarungen zwischen Beratungseinrichtungen und Jobcentern im Sinne einer schnellen Hilfemöglichkeit im Einzelfall zu begrüßen sind, wird es für notwendige nachhaltige Strukturänderungen in Jobcentern weiterhin auch politisches Engagement der Beraterinnen und Berater bspw. auch über die Beiräte der Jobcenter brauchen.

*Eine ausführliche Ergebnisdarstellung ist unter Leistner/Stock (2017): Verständigungsbarrieren in Schreiben von Jobcentern. Soziale Arbeit (4), Seite 134-141 zu finden. Die Studie ist Teil eines über den Europäischen Sozialfonds geförderten Promotionsvorhabens.*



## Arbeitshilfe: Ansprüche auf Leistungen der Existenzsicherung für Unionsbürger/-innen

Claudius Voigt von der GGUA Flüchtlingshilfe hat seine Arbeitshilfe zur Frage der Leistungsansprüche für Unionsbürger/-innen aktualisiert. Die Arbeitshilfe soll einen Überblick über die neueste Rechtslage (Stand: 25.04.2017) vermitteln und insbesondere Berater/-innen Hilfestellung geben, wie sie die Betroffenen dabei unterstützen können, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Die Arbeitshilfe gibt es hier zum Download:

<http://tinyurl.com/ms2o7a2>

Sie wird ergänzt durch einen weiteren Beitrag, in dem die Entscheidungen der Sozialgerichte zu Leistungen der Existenzsicherung (SGB II und XII) für Unionsbürger/-innen seit 01.01.2017 dargestellt werden (Stand: 02.05.2017):

<http://tinyurl.com/lqjzkda>

## Informationen zur „Ausbildungsduldung“

Die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Niedersachsen und des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück haben gemeinsam eine Handreichung veröffentlicht. Sie behandelt die Fragestellung, welche aufenthaltsrechtliche Perspektive eine Ausbildung Migrantinnen und Migranten mit einer Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG hinsichtlich einer Aufenthaltsverfestigung bietet. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der niedersächsischen Erlasslage.

Die Handreichung richtet sich an hauptamtliche Flüchtlingsberater/-innen und steht hier zur Verfügung:

<http://tinyurl.com/ybxly54l>

## IAB-Stellungnahme 2/2017: Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit

Jonas Beste, Kerstin Bruckmeier, Isabell Klingert, Peter Kupka, Torsten Lietzmann, Andreas Moczall, Christopher Osiander, Philipp vom Berge, Joachim Wolff

Zur Vorbereitung des Jahresgutachtens 2016/2017 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wurde das IAB um seine Expertise zur stark verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit gebeten. Langzeitarbeitslose konnten in der letzten Dekade zwar durchaus von der Zunahme der Beschäftigung in Deutschland profitieren. Parallel zur Arbeitslosigkeit insgesamt ist seit 2012 allerdings kein Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit mehr zu verzeichnen, ihr Ausmaß liegt relativ stabil bei etwas über einer Million Personen.

Im Herbst 2016 äußerte sich das IAB zu den Möglichkeiten der Verringerung von Langzeitarbeitslosigkeit durch Bera-

tung und Vermittlung sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik und ging dabei auf mögliche Ursachen für die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit, auf eine bessere finanzielle Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, auf spezifische Qualifizierungsbedarfe wie auch auf Instrumente wie öffentlich geförderte Beschäftigung und einen sozialen Arbeitsmarkt ein. Das IAB äußerte sich außerdem zur Rolle des Niedriglohnsektors für Langzeitarbeitslose, zum Einfluss des Anspruchslohns auf den Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und zu den bisherigen Forschungsergebnissen zur Wirkung der Ausnahmeregelung vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose.

Download unter:

<http://tinyurl.com/kqwzcle>



## IAB-Prognose 2017: Der Arbeitsmarkt stellt neue Rekorde auf

Johann Fuchs, Markus Hummel, Christian Hutter, Sabine Klinger, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Die aktuelle IAB-Prognose blickt auf die zu erwartenden Entwicklungen im Jahr 2017. Die Wirtschaft in Deutschland setzt ihren moderaten Aufschwung trotz weltwirtschaftlicher Risiken fort: Für das laufende Jahr prognostizieren die Autoren ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent.

Der Bedarf an Arbeitskräften in Deutschland ist weiterhin außerordentlich hoch und der Aufwärtstrend bei der Erwerbstätigkeit hält an: Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2017 um rund 670.000 auf 44,26 Millionen steigen - ein neuer Rekord. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt sogar um 760.000 Personen.

Besonders kräftige Beschäftigungsgewinne erzielt der Bereich Öffentliche Dienstleistung, Erziehung und Ge-

sundheit. Rückgänge sind nur in der Finanzbranche zu verzeichnen.

Die Arbeitslosigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2017 voraussichtlich bei 2,53 Millionen Personen liegen. Das sind rund 160.000 weniger als im Jahresdurchschnitt 2016. Damit wird der Prognose zufolge der tiefste Stand nach 1990 erreicht.

Die grundsätzlich gute Entwicklung kompensiert zusätzliche Arbeitslosmeldungen von Flüchtlingen. Nachdem die Flüchtlingszuwanderung stark zurückgegangen ist, stellt sich nun die Herausforderung der Integration in den Arbeitsmarkt.

Volltext-Download unter:

<http://tinyurl.com/mlrs2pz>



## Leitfaden zu Arbeitsmarktzugang und -förderung für Flüchtlinge

Das BMAS hat eine überarbeitete und aktualisierte Version des Leitfadens zu Arbeitsmarktzugang und -förderung für Flüchtlinge veröffentlicht (Stand: März 2017).

Der Leitfaden wurde vom „Berliner Netzwerk für Bleiberecht bridge“ erstellt, einem Projektverbund der ESF-Integrationsrichtlinie Bund im Handlungsschwerpunkt „Integration von Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Flüchtlingen“ (lvAF).

Die Handreichung informiert über die verschiedenen Aufenthaltstitel und

Aufenthaltspapiere, gibt eine Übersicht über die Zuständigkeiten für die Beratung und Vermittlung, die verschiedenen Förderinstrumente nach SGB III und BAföG, die Integrationskurse und die Sprachförderung. Den Abschluss bilden zwei Adressüberblicke zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen und über Beratungsstellen, Projekte und weiterführende Informationen der lvAF-Projektverbünde bundesweit. Der Leitfaden kann kostenlos beim BMAS bestellt werden. Auch ein direkter Download ist möglich unter

<http://tinyurl.com/m9ytbpe>

### Rezension

#### LPK SGB II (Münder)

Der Lehr- und Praxiskommentar Sozialgesetzbuch II - Grundsicherung für Arbeitsuchende („LPK SGB II“), herausgegeben von Prof. Dr. Johannes Münder, ist in der 6. Auflage beim Nomos-Verlag erschienen. Nach fast vier Jahren war es auch an der Zeit, das Standardwerk des SGB II für Wissenschaft, Lehre und Praxis zu aktualisieren. Erwartungsgemäß wird die seit der letzten Auflage entwickelte Rechtsprechung genauso berücksichtigt wie diverse Gesetzesänderungen bis hin zur letzten großen SGB II-Reform durch das sog. Rechtsvereinfachungsgesetz. Auch im Bereich der Leistungsansprüche von EU-Bürgern befindet sich der Kommentar auf dem aktuellen Stand der Zeit.

Die Kommentierung, zustande gekommen durch die Zusammenarbeit verschiedener renommierter Juristen, ist aktuell und umfassend. Einkommensanrechnung, KdU, Sozialgerichtsverfahren oder Eingliederungsvereinbarung - kaum ein Bereich, der nicht mit der erforderlichen Tiefenschärfe betrachtet wird. Dies macht den LPK vor allem für Berater/-innen, Anwälte und Richter unverzichtbar und hat natürlich seinen Preis: Der Seitenumfang des LPK umfasst mittlerweile stattliche 1.367 Seiten und der Verkaufspreis wurde auf 65 EUR angehoben. Angesichts des Umfangs, der

gebotenen Qualität und im Vergleich zu anderen SGB II-Kommentaren wird „der Münder“ aber weiterhin zu einem fairen Preis angeboten.



Münder (Hrsg.), Sozialgesetzbuch II, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Lehr- und Praxiskommentar, 6. Auflage 2017, Nomos Verlag, ISBN 978-3-8487-1999-0  
Preis: 65 EUR

### Rezension

Hrsg.: BAG Schuldnerberatung e.V.

#### Schulden erfolgreich bewältigen

Von der Pfändung bis zu Privatinsolvenz

Auf 56 Seiten findet sich geballte Information zu einem Thema, das in Deutschland rd. 3,3 Mio. Haushalte betrifft. Die Autoren Frank Lackmann und Esther Binner geben in verständlicher Weise wertvolle Hinweise im Umgang mit Schulden und zeigen Auswege auf.

In 6 Kapiteln klärt die Broschüre darüber auf,

- ☐ wie sich Schulden auswirken und was Inkasso-Unternehmen eigentlich dürfen
- ☐ welche Möglichkeit zur Schuldeneintreibung den Gläubigern zur Verfügung stehen
- ☐ wie sich Betroffene von den Schulden befreien können
- ☐ welche Informationen Auskunftfeien eigentlich speichern dürfen
- ☐ wo betroffene Hilfe erhalten und
- ☐ welche Begriffe im Zusammenhang mit Schulden eine Rolle spielen.

Ein Stichwortverzeichnis rundet die gelungene Publikation ab, die gleichermaßen für Betroffene als auch für Berater/-innen einen fundierten Überblick über die wesentlichen Probleme und Lösungsmöglichkeiten bei Überschuldung gibt.

Beck-Verlag, März 2017  
ISBN 978 3 406 70620 2  
Preis 5,50 EUR

**Dies ist die letzte Ausgabe unseres SOZIAL INFOs und wir sagen: „Tschüss Zusammen“.**

**Wir danken unseren Abonnentinnen und Abonnenten für ihre langjährige Treue und wünschen Allen ein gutes Gelingen im tagtäglichen Engagement für Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.**

**Ihre SOZIAL INFO-Redaktion  
Petra Jungen / Jürgen Lies**